

Die indische Parteienlandschaft nach den Wahlen 1998

von

Joachim Betz

1 Allgemein

Im Laufe des Berichtsjahres war eine Entwicklung zu beobachten, die die bisherige multizentrische indische Parteienlandschaft wieder tendenziell einem Zweiparteiensystem annäherte; die Erosion der vormaligen United Front, aus der bei der Bildung der von der Bharatiya Janata Party (BJP) dominierten Regierung schon ohnedies einige Partner ausgeschieden waren, setzte sich fort, vor allem auch mit der Entlassung der Regierung der Rashtriya Janata Dal (RJD) in Bihar Anfang 1999. Nach neuesten Umfragen dürfte sie bei der nächsten Wahl (mit Ausnahme der Communist Party of India (Marxist), CPI-M) keine allzu großen Erfolge mehr haben. Diese Umfragen zeigen auch ein mächtiges Erstarren der Kongreßpartei, die augenblicklich die stärkste Wählergunst genießt und vor allem in Nordindien wieder Anhänger gewinnt, nachdem sie bei den beiden letzten Wahlen dort reichlich dezimiert wurde. Ursächlich hierfür ist vor allem die geringe wirtschaftspolitische Kompetenz, die der gegenwärtig regierenden Koalition zugeschrieben wird. Freilich muß die Kongreßpartei die nächsten Wahlen weitgehend ohne nennenswerte Bündnispartner bestehen, da ihre eigene Agenda von der potentieller Alliierten in wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen divergiert und sie wählermäßig letztlich nur auf deren Kosten wachsen kann. Bei der BJP zeigten sich schon nach kurzer Regierungszeit beträchtliche Abnutzungserscheinungen und ein sich zu-

spitzender Konflikt zwischen Regierungsmitgliedern und Parteiführung sowie den der Partei nahestehenden Großorganisationen, dem nur mühselig durch Machtworte des Premiers und die Einsetzung von Koordinationsgremien begegnet werden konnte.

2 Die BJP und ihr angeschlossene Organisationen

Die BJP hatte im Frühjahr 1998 mit der Regierungsübernahme ihr lang angestrebtes Ziel erreicht; dieser Triumph brachte freilich auch neuartige Probleme. Das offenkundigste war, daß angesichts des deutlichsten Abstandes zur absoluten Mehrheit im Unterhaus eine Koalition mit mehreren kleineren Partnern unausweichlich war, dies nötigte aber zu sofortigen Kompromissen. An eine abstrichlose Umsetzung der eigenen Wahlkampfplattform, die die übliche Palette der BJP-Programmpunkte enthielt (Einführung eines einheitlichen, also auch die Muslime einschließenden Zivilrechts, Abschaffung des autonomistischen Sonderstatus von Jammu und Kaschmir gemäß Art. 370 der indischen Verfassung, Wahrung der nuklearen Option, Tempelbau in Ayodhya und anderswo), war daher nicht zu denken, zumal sie teilweise einer Zweidrittelmehrheit im Parlament bedurft hätte und gerade bei den mehrheitlich regionalistischen Partnern der BJP auf Widerwillen gestoßen wäre.

Das zweite Dilemma der BJP wurde im Wahlergebnis 1998 deutlich, das der Partei nur dank geschickt eingefädelter Wahlbündnisse und bei nur mäßigen Stimmengewinnen einen etwas größeren Zugewinn an Parlamentssitzen gebracht hatte: Ohne eine deutliche Verbreiterung der Wählerbasis in sozialer und regionaler Hinsicht war an eine dauerhafte Regierungsfähigkeit ohne Partner oder zumindest ohne solche, die das Hindutva-Konzept verwässern würden, nicht zu denken. Regional blieb die Partei bei den Parlamentswahlen vor allem im Süden (Ausnahme: Karnataka) und Osten schwach, sozial besonders bei den Muslimen und den weniger Privilegierten/Unterkastigen. Eine Verbreiterung dieser Basis in den nichttraditionellen Gebieten der BJP war nur auf dem Wege von Wahlallianzen mit mehrheitlich regionalistischen Parteien zu schaffen, die aber natürlicherweise für das BJP-Programm eines einheitlichen, starken Indien allenfalls begrenzt zur Verfügung standen. Die notwendige Verbreiterung der sozialen/regionalen Basis mußte die BJP daher aber zwangsläufig in Konflikte mit den sie tragenden hindunationalistischen Basisorganisationen führen, die - besonders ausgeprägt bei der Rashtriya Swamsevak Sangh (RSS) - weniger an kurzfristigen Wahlerfolgen als an der

langfristigen Realisierung ihrer Vision interessiert waren und ein Verharren in der Opposition faulen Kompromissen vorziehen würden. Es kommt hinzu, daß diese Basisorganisationen (insbesondere die RSS, der Vishwa Hindu Parnishad, VHP, und der Gewerkschaftsverband Bharatiya Mazdoor Sangh) die BJP an Mitgliederstärke deutlich übertreffen und diese im Wahlkampf oder bei wichtigen politischen Kampagnen der Aktivisten dieser Organisationen sowie deren finanzieller Beiträge bedarf und daß ferner die angesprochenen Minderheiten - vor allem die Muslims - die Annäherungsversuche der BJP zur Verbreiterung ihrer Basis nur zeitweilig honorierten.

Die wichtigste Konfliktlinie zwischen BJP-Regierung und Parteiführung einerseits, Parteibasis und Massenorganisationen andererseits betraf nach der Regierungsübernahme die Wirtschaftspolitik. Bekanntlich operierte die BJP in ihrer Wahlplattform mit einem etwas nebulösen Konzept von *swadeshi*, also einer Art angeblich gandhianisch inspirierten Vertrauens auf die eigenen Kräfte, wobei unklar blieb, auf welche Bereiche sich dies erstrecken sollte. Von den Massenorganisationen wurde dieses Konzept sehr viel extensiver interpretiert als von der Regierung, die sich alsbald daran machte, die Reformagenda der Vorgängerregierungen relativ ungeschmälert fortzusetzen und sie in etlichen Bereichen (Versicherungswesen, Unternehmensrecht, Privatisierung von Staatsbetrieben, Patentrecht, volle Konvertibilität der Rupie) gar noch zu erweitern. Nach einer längeren Schonfrist geriet die Regierung schon im Frühherbst unter Druck der Massenorganisationen; die RSS war erstens über die Berufung von Wirtschaftsliberalen ins Kabinett und als Berater des Premiers verärgert, zweitens darüber, daß die BJP-Parteiführung ihre Unterstützung für den Regierungskurs quasi voraussetzte, drittens opponierte sie gegen weitere Handelsliberalisierung, Deregulierung von Auslandsinvestitionen und eine eventuelle vollständige Konvertierbarkeit der indischen Rupie. Schon im Herbst wurde der Protest auf die Straße getragen. Der Weltrat der Hindus (VHP) nahm seinerseits die mangelhafte sicherheitspolitische Leistung der Regierung aufs Korn, insbesondere die Tatsache, daß sie die Hindus in Kaschmir nicht zu schützen vermochte. Ausgerechnet Innenminister Advani, der als hartgesottener Hinduradikaler galt, wurde ultimativ unter Druck gesetzt, seine diesbezügliche Leistungsbilanz binnen maximal sechs Monaten zu verbessern.

Ende November organisierte die BJP-nahe Gewerkschaft Bharatiya Mazdoor Sangh (BMS) Straßenproteste gegen die Privatisierungspläne der Regierung, insbesondere im Versicherungsbereich. Dabei wird deutlich, daß der Gewerkschaft die ganze Richtung nicht paßte (Globalisierung, WTO usw.) und daß sie sie in einen verschwörungstheoretischen Zusammenhang mit den

USA brachte. Die Demonstrationen zielten natürlich ebenso auf die Mitglieder der Konkurrenzgewerkschaften, denen besondere Militanz demonstriert werden sollte. Anfang Dezember intensivierten sich die Straßenproteste gegen das Versicherungsgesetz. Der Premierminister entschloß sich dazu, den Protest im Sinne der Regierungsfähigkeit zu ignorieren, ließ das Versicherungsgesetz in ursprünglicher Fassung einbringen (die einen maximalen Anteil ausländischer Investoren von 26% an Versicherungsgesellschaften vorsah) und nahm gegen den Willen der RSS zwei neue Minister ins Kabinett auf. Nun brach auch der Konflikt innerhalb der BJP aus: Parteipräsident Thakre warf der Regierung vor, er sei bei der geplanten Vorlage des Versicherungsgesetzes nicht ins Vertrauen gezogen worden. Einen Tag später machte er einen Rückzieher und sagte, es sei allein Aufgabe der Regierung, Gesetzesvorlagen in geeigneter Weise zu formulieren; die RSS hielt ihren Widerstand aber aufrecht. Der Studentenverband der BJP attackierte auch noch das geplante Patentgesetz, das indisches Recht in Übereinstimmung zu den Verpflichtungen bringen soll, die das Land gegenüber der WTO eingegangen ist.

Eine neue Konfliktlinie zwischen der BJP an der Regierung und den radikalen Hinduorganisationen eröffnete sich mit den Angriffen gegen die christliche Minderheit zum Jahresende 1998. Zwar äußerten einige Mitglieder der Regierung (und die Parteispitze der BJP ohnedies) Verständnis für den Ärger der radikalen Organisationen angesichts angeblicher christlicher Konversionstätigkeit, gleichzeitig waren sie genötigt, öffentlich diese Organisationen zur Ordnung zu rufen und harte Bestrafung der Unruhestifter anzukündigen. Dieses Muster erinnerte fatal an andere extremistische Parteien, die mit den Zielen ihrer radikalen Flügel sympathisierten, die aber ihrer bürgerlichen Wähler halber öffentlich nicht allzu stark ermutigen durften. Dieses Doppelspiel wurde deutlich, als der Minister für Parlamentsangelegenheiten Madan Lal Khurana (BJP) nach der Ermordung eines australischen Missionars im Januar 1999 verlauten ließ, damit falle Schande auf die eigene Partei. Schon vorher hatte er der RSS vorgeworfen, ihre Einmischung in die Politik beeinträchtige die Regierungsführung. Parteipräsident Thakre forderte darauf den Kopf des Ministers; der kam einer Entlassung durch seine Demission zuvor. Entschieden zur Raison gerufen wurden die extremen Organisationen von der Parteiführung nur bei der versuchten Verhinderung des indisch-pakistanischen Kricketspiels, als der indische Innenminister Advani ultimativ und mit Erfolg die Einstellung dieser Kampagne (von Shiv-Sena-Führer Bal Thackeray) verlangte. Diese Entschlossenheit hatte vermutlich damit zu tun, daß die Torpedierung des Spiels auch

bei den eigenen sportbegeisterten Mitgliedern nicht populär war und die der BJP zuneigenden Mittelschichten zu entfremden drohte.

Es stellt sich natürlich in diesem Kontext auch die Frage, inwieweit die BJP die disparate Familie der Hinduorganisationen überhaupt noch wird steuern können oder aber die Geister, die sie rief, nicht mehr los wird. Dies gilt hauptsächlich für die Jugendorganisationen (Bajrang Dal und sein weibliches Pendant Durga Vahini), deren Anhang aus proletarisierten Halbgebildeten besteht und deren Lieblingsbeschäftigung die Organisation gewalttätiger Auseinandersetzungen ist, wobei der politische Inhalt vergleichsweise beliebig ist. Offenkundig waren es Anhänger des Bajrang Dal, die den Brandanschlag auf den australischen Missionar und seine Angehörigen organisiert hatten. Der zunächst letzte Konflikt zwischen Regierung/BJP und radikalen Hinduorganisationen bezog sich auf den seit Jahren drohenden Tempelbau in Ayodhya. Anfang Februar 1999 erklärte der VHP, er lehne es ab, die Frage des Tempelbaus durch Gerichtsentscheid regeln zu lassen, der in religiösen Fragen keine Geltung haben könne. Die Organisation würde sich beim Tempelbau auch keiner gegenteiligen Entscheidung des Premier- oder des Innenministers unterwerfen. Offenbar erwartete der VHP keine entschiedene Umsetzung der Hindutva-Agenda durch die Regierung mehr und war bestrebt, diese in die eigene Hand zu nehmen. Zu vermuten ist auch, daß er und die anderen Tochterorganisationen der BJP von deren Regierungsführung ohnedies enttäuscht waren, der Regierung auch kein langes Leben mehr unterstellten und von daher die Neigung entwickelten, auf die Meinung anderer Gruppen keine Rücksicht mehr zu nehmen.

3 Die Kongreßpartei

Die Kongreßpartei ging aus den Unterhauswahlen geschwächt hervor, jedoch nicht so schwach, wie die Zahl der errungenen Parlamentssitze suggerierte, denn gemessen am Stimmenanteil war der Rückgang nur mäßig. Das große Problem für den Kongreß war eher, daß er schon seit längerem seiner eigentlichen Hochburgen verlustig gegangen war und daß sein Anhang sich auch in sozialer Hinsicht als sehr disparat darstellt. In Regionen, in denen er gegen die BJP antrat, rekrutierte er seine Wähler hauptsächlich aus den unteren Schichten und Minderheiten, in Regionen, wo die Hauptkontrahenten linke und besonders kommunistische Parteien waren, wurde er eher von den privilegierten Schichten gewählt. Dort, wo er von allen Seiten attackiert wurde, erodierte seine soziale Basis vollends.

Auch programmatisch war das Profil der Partei reichlich diffus geworden. Das zeigten auch die Diskussionen auf dem von Sonia Gandhi für September 1998 einberufenen Brainstorming-Konklave in Pachmarhi. Dort zeichneten sich vor allem Differenzen über den wirtschafts- und nuklearpolitischen Kurs ab; während eine größere Gruppe von Altsozialisten die Rückkehr zur Staatswirtschaft befürwortete, trat eine kleinere Gruppe um Exfinanzminister Manmohan Singh für eine entschiedene Fortsetzung der Reformpolitik ein. In der Nuklearpolitik standen sich Opponenten und Befürworter der Atomtests gegenüber; konsequenterweise blieb das Schlußdokument eine Antwort darauf schuldig, ob Indien das Teststoppabkommen zeichnen solle, im wirtschaftspolitischen Teil fanden sich Belanglosigkeiten zur Dezentralisierung der ländlichen Entwicklungspolitik, Stärkung der Genossenschaften, Aufstockung der Armutsprogramme etc., aber nichts zu den eigentlich brennenden Fragen (Privatisierung, Kürzung von Subventionen, „exit policy“). Vollends schwammig blieben die Ausführungen zur künftigen Rolle des Kongresses. Dies mag alles damit zu tun haben, daß auf dem Konklave neben einigen neuen Gesichtern hauptsächlich die alten, z.T. bei den Parlamentswahlen abgewählten Parteischlachtrösser vertreten waren, denen teilweise auch die Formulierung der Papiere oblag, und ferner, daß sich Sonia Gandhi inhaltlich wenig definierte oder profilierte. Mehr aber war es ein Reflex der Unsicherheit, ob sich die Kongreßpartei noch eine Weile mit der Oppositionsrolle abfinden solle oder zusammen mit geneigten Partnern aus der ehemaligen United Front den Sturz der Regierung wagen könne. Letzteres würde aber erhebliche Rücksichtnahme auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der prospektiven Partner, besonders auch der CPI-M, erzwingen.

Vorsicht mit eventuellen Koalitionspartnern zeigte die Partei noch bis zu den Landtagswahlen Ende November; auffällig war in diesem Zusammenhang etwa die Schonung der regierenden Dravida Munnetra Kazhagam (DMK) in Tamil Nadu, nachdem die Zentralregierung ihren Aktionsplan vorlegte, der negative Schlußfolgerungen zur DMK aus dem Jain-Report zog, der bekanntlich die Zusammenhänge bei der Ermordung Rajiv Gandhis aufzudecken versucht hatte und der DMK -Regierung schwere Versäumnisse beim Sicherheitsschutz für Rajiv Gandhi und eine enge Zusammenarbeit mit tamilischen Terroristen vorgeworfen hatte. Bemerkenswert war die Schonung deshalb, weil der Kongreß die Vorgängerregierung über diesen Bericht stürzen ließ. Auch Avancen des RJD und der Samajwadi Party (SP) zur Kooperation beim gemeinsamen Sturz der Zentralregierung wurden zunächst wohlwollend behandelt, eine Verhängung der Direktverwaltung über Bihar und damit die Entlassung der

durch zahlreiche Korruptionsvorwürfe und die Erosion der Rechtsstaatlichkeit belasteten RJD-Regierung im September abgelehnt.

Innerparteilich war das erstaunlichste Phänomen, daß Sonia Gandhi bis zum Jahresende die absolut dominierende Figur in der Partei wurde, eine Tatsache, mit der vor allem intellektuell gefärbte indische Medien ihre Probleme hatten. Sie verwiesen dabei gerne auf die ideologische Leere der Parteipräsidentin, deren Ansprachen vollständig von Hilfspersonal verfertigt würden, auf die Speichelleckerei und Unterwürfigkeit der übrigen Parteiführer gegenüber einem Mitglied der Nehru-Gandhi-Dynastie etc. Unbestreitbar war die Ernsthaftigkeit ihrer Versuche, die Partei zu stärken und zu säubern. Das zeigte sich hauptsächlich bei der Kandidatenaufstellung für die Landtagswahlen Ende November. Begünstigt durch die Tatsache einer übergroßen Zahl von Aspiranten wurden diese gezwungen, über eventuell anhängige Strafprozesse zu berichten, und verpflichtet, nach einer eventuellen Wahl regelmäßig über ihr Vermögen zu berichten und Steuern zu bezahlen. Parteiführer wurden verantwortlich gemacht für Empfehlungen bezüglich der von ihnen unterstützten Kandidaturen. Dies stellte zumindest gegenüber dem früher praktizierten Auskugeln von Kandidaturen nach Kastenkriterien eine deutliche Verbesserung dar. Sonia Gandhi war auch bemüht, sich mit politisch sauberen Beratern zu umgeben, Strategiesitzungen zur Wahlvorbereitung wurden zur Routine, neue, unverbrauchte Chefs der Medienabteilung und des Jugendverbandes der Partei eingesetzt. Mit den Wahlsiegen Ende November in einer auf ihre Person zugeschnittenen Kampagne und mit von ihr definitiv ausgewählten Kandidaten wurde Sonia Gandhi zur unbestrittenen Parteiführerin, die jetzt auch an eine personelle Erneuerung der Partei gehen konnte. Auf einer Sitzung des obersten Parteigremiums (All India Congress Committee – AICC) Mitte Dezember wurde beschlossen, die Amtszeit aller Amtsinhaber in der Partei auf zwei Perioden zu beschränken, um eine Verjüngung der Führung zu bewirken. Die Parteipräsidentin wurde vom AICC autorisiert, alle Ausschüsse der Partei neu zu besetzen. Dies verstärkte den Eindruck, daß demnächst Köpfe rollen würden. Das Gremium beschloß zudem die Einführung einer Frauenquote von 33% und eine Quote von 20% für die Kastenlosen, Niedrigkastigen und Stammesangehörigen. Auch die Durchsetzung dieser Quote implizierte natürlich, daß etliche bisherige Stelleninhaber ihre Position räumen müssen. Sonia Gandhi, die sich in besonderer Weise für diese Quotierung eingesetzt hatte, wurde vom AICC als Kandidatin der Partei für den Posten des Premierministers erklärt. Das Gremium erwartete eine Ablösung der jetzigen Regierung in einem Jahr (nach der nächsten Runde der Landtagswahlen).

Mit dieser Entscheidung war gleichzeitig eine Distanzierung von den Restparteien der United Front verbunden, die die Kongreßpartei (aus Selbsterhaltungsinteresse) immer wieder zu einem frühen Sturm auf die Regierung veranlassen wollte. Diese Distanzierung wurde noch deutlicher, als die Parlamentsfraktion des Kongresses wichtige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorlagen (Versicherungs- und Patentgesetz, Frauenquote im Parlament) mitzutragen beabsichtigte, gegen die ihre potentiellen Partner Sturm liefen. Dazu kam die diesen Partnern deutlich werdende Absicht der Kongreßführung, die vollständig erodierte Wählerbasis im Hindigürtel alleine und ohne Partner wiederaufzubauen (besonders in Bihar und Uttar Pradesh), ein Vorhaben, das die Überlebensfähigkeit eben dieser Partner gefährden könnte. Als die Kongreßführung nolens volens im Februar 1999 auch noch die Verhängung der Direktverwaltung über Bihar billigte, erledigte sich die Perspektive einer neuen Regierung vor Unterhauswahlen vollends. Die Kongreßpartei steuert nun ganz offenkundig auf das Ziel zu, frühere Wahlen zu erzwingen und diese allein zu bestehen. Umfragen zu Jahresbeginn 1999 gaben ihr in diesem Bestreben recht. Es gab zwar noch eine taktisch dissentierende Fraktion um den ehemaligen Finanzminister Manmohan Singh, der sich darum sorgte, daß bei weiterer Verschlechterung der öffentlichen Finanzen die Kongreßpartei nach Regierungsübernahme die Lage eventuell nicht mehr in den Griff bekommen könnte, Singh setzte sich damit in der Partei aber nicht durch. Indiz für den neuen Kurs der Partei war die Terminierung des Abschlusses innerparteilicher Wahlen für Ende August 1999 und die Einberufung der parlamentarischen Führer der Partei Ende Februar zur Diskussion einer Liste von Themen, mit der die Regierung attackiert werden könnte, mit Schwergewicht auf dem wirtschaftlichen Bereich.

4 Die kleineren Oppositionsparteien

Die kommunistische Partei CPI-M sah sich nach den Parlamentswahlen mit 32 Sitzen erstmals in der Rolle der größten Oppositionspartei nach dem Kongreß und - nach der Dezimierung des Janata Dal - als größter Bestandteil der ehemaligen United Front. Mit einer kommunistischen, hindunationalistischen Partei an der Regierung sahen sich die Kommunisten in der unbequemen Situation, ihre Taktik gegenüber der ebenfalls ungeliebten Kongreßpartei zu definieren, die als einzige realistischere die Bildung einer Alternativregierung zuwege bringen konnte. Die CPI-M war denn auch in dieser Frage gespalten: Die Landesverbände von Tripura und Kerala, wo die Kongreßpar-

tei bei Wahlen die wichtigste Konkurrentin darstellte, plädierten für Äquidistanz zu Kongreß/BJP, erklärbar in Kerala auch dadurch, daß die diese Linie repräsentierende Gruppe Vertreter der konkurrierenden Richtung zum Jahresanfang aus dem Politbüro hinausgeschossen hatten. In Westbengalen hatte dagegen die BJP im Verbund mit dem Trinamool Congress bei den Parlamentswahlen Geländegewinne auf Kosten der Kommunisten verbuchen können. Chefminister Jyoti Basu und der Generalsekretär der Partei H. Surjeet sprachen sich daher für eine taktische Allianz der säkularen Gruppen aus und suchten daher auf der Sitzung des Politbüros im April Zustimmung für die geplante Allianz mit dem Kongreß bei den Lokalwahlen in Westbengalen, die für Mai angesetzt waren. Sie wurden vom großen Rest des Politbüros abschlägig beschieden, deren Vertreter für eine Allianz mit den Splitterparteien plädierten. Die Sitzung war - ein Novum bei den Kommunisten - von bissigen Kontroversen um den taktisch vernünftigsten Kurs gekennzeichnet, wobei sich die gegnerischen Fraktionen gegenseitig übler Machenschaften (Konspiration gegen die Minderheiten etc.) bezichtigten.

Der 16. Kongreß der CPI-M im Oktober (Calcutta) zeigte die Fortsetzung der Kontroverse, diesmal allerdings mit leichter Gewichtsverschiebung: Der Kongreß einigte sich gegen eine nun kleinere Fraktion derjenigen, die für Äquidistanz plädierten, darauf, die BJP als politischen Hauptfeind zu betrachten. Es wurde aber kein Versprechen für eine Wahlallianz mit der Kongreßpartei gegeben. Auch sollte eine Kongreßregierung im Falle der Machtübernahme von den Kommunisten nur von außen, nicht durch Regierungsbeteiligung unterstützt werden und auch nur fallweise bei unterstützungswürdigen Vorlagen. Die weitere Liberalisierung der indischen Wirtschaft, ein früheres Herzensanliegen der Kongreßpartei, wurde verurteilt. Das Unbehagen an der Unterstützung der Liberalisierungsschritte beim Versicherungsgesetz und im Patentrecht war ganz offensichtlich auch der Grund, warum sich das Politbüro auf dieser Sitzung für die Wiedergeburt einer neuen, dritten Kraft einsetzte. Dabei wollte es freilich kommunalistische Kräfte wie Laloo Prasad nicht dabei haben, zahlenmäßig nach den Kommunisten immerhin die größte Kraft einer eventuellen dritten Front. Der Kongreß brachte auch die peinlichen Themen der Unterrepräsentation von Frauen in der Spitze der CPI-M auf, die sich stets für die Speerspitze des Fortschritts gehalten hatte, und ihre nachlassende Attraktivität bei der Jugend (der kommunistische Studentenverband schrumpfte seit 1994 auf ein Viertel des ursprünglichen Mitgliederstandes). Die Wahlen zum Politbüro mußten daher erst einmal verschoben werden.

Zwei Parteien der ehemaligen United Front mit deutlicher Ausrichtung auf die Niedrigkastigen Nordindiens, die Samajwadi Party unter ihrem Führer Mulayam Singh Yadav und der RJD unter Laloo Prasad Yadav haben im Juni 1998 mit der Gründung der Nationalen Demokratischen Front (Rashtriya Loktantrik Morcha) eine Art Nachfolgeorganisation für die untergegangene United Front ins Leben gerufen. Die beiden traditionellen Rivalen riefen die anderen säkularen Parteien zur Einheit auf, um die BJP-Regierung baldmöglichst zu stürzen. Auch der sich der neuen Front anschließende Expremier Chandra Shekar rief zum Sturz der Regierung auf und wollte die Kongreßpartei veranlassen, um eine neue Koalition zu schmieden. Motiviert waren diese Vorstöße durch die prekäre Lage der RJD-Regierung in Bihar (siehe den Beitrag zur Innenpolitik), die in Gefahr stand, jederzeit auf Betreiben des BJP-Gouverneurs entlassen zu werden, und durch die Geländegewinne, die die BJP auf Kosten der beiden Frontmitglieder bei den Parlamentswahlen realisiert hatten. Da sich jedoch die Kongreßführung dem Werben entzog und zudem politische Initiativen der Zentralregierung mittrug (vor allem die Frauenquote im Parlament, aber auch weitere Gesetze zur Wirtschaftsliberalisierung), ging die neue Front alsbald auf stärkere Distanz zur Kongreßpartei, zumal sie realisierte, daß ihr mit deren Wiederaufstieg starke Konkurrenz in ihren Stammgebieten zu erwachen drohte.

Der Janata Dal (JD), der schon durch die Parlamentswahlen arg dezimiert worden war, wurde nach den Wahlen auch durch zunehmende interne Differenzen geplagt. Expremierminister Dewe Gowda hatte offenbar die Absicht, dem einzigen Chefminister der JD (in Karnataka) das Amt zu entziehen und mit seiner Person zu besetzen. Parteichef Sharad Yadav wies dieses Ansinnen zwar auf einem Vorstandstreffen des JD zurück, der Vorstand war aber gewillt, die Anhänger Dewe Gowdas wenigstens mit Ministerposten in Karnataka abzufinden.

Insgesamt stehen die Aussichten der kleineren Oppositionsparteien zur Zeit nicht gut; Wahlprognosen sagen ihnen im Augenblick eine glatte Halbierung der erreichbaren Parlamentssitze voraus, wobei die kommunistischen Parteien von potentiellen Verlusten weniger stark getroffen würden. Insgesamt fördern diese Aussichten jedoch die Tendenz dieser Parteien, eine frühzeitige Ablösung der amtierenden Zentralregierung ohne vorherige Wahlen zu favorisieren und sich unter den Schirm der Kongreßpartei zu begeben. Sie begünstigen im übrigen auch Auflösungs- und Abspaltungstendenzen innerhalb dieses Spektrums.